

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| <b>40.</b> Einhaltung der Fiskalregeln nach dem Österreichischen Stabilitätspakt 2012 - ÖStP 2012 in Bezug auf die Rückführung des öffentlichen Schuldenstandes - Schuldenquotenanpassung | <b>42.</b> Abgabenertragsanteile der Gemeinden September 2015   |
| <b>41.</b> Gemeinden und Barrierefreiheit   | <b>43.</b> Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis September 2015<br><i>Verbraucherpreisindex für Juli 2015 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

### **Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!**

*Nach den Sommermonaten, die hoffentlich allen die Gelegenheit boten, zumindest ein paar Tage auszuspannen, steht uns nun wieder ein arbeitsreicher Herbst bevor.*

*Ich möchte an dieser Stelle auf zwei aktuelle Leistungen der Landesregierung aufmerksam machen, die auch für die Gemeinden von Interesse sein dürften.*

*Das Land Tirol bekennt sich zum größtmöglichen Ausbau der Barrierefreiheit. Im Rahmen des Impulspaketes der Landesregierung wurden vier Millionen Euro im Gemeindeausgleichsfonds für derartige Maßnahmen reserviert. Ab sofort gibt es für die barrierefreie Adaptierung von öffentlichen Gemeindegebäuden (Gemeindeämter, Kindergärten, Schulen usw.) einen 20%-igen Zuschuss. Konkrete Auskünfte dazu erteilen die MitarbeiterInnen der Gemeindeabteilung und der Bezirkshauptmannschaften.*

*Leistbares Wohnen ist und bleibt ein politischer Dauerbrenner, für das Land ebenso wie für die Gemeinden. Die Landesregierung hat daher vor kurzem bei ihrer Regierungsklausur eine spürbare Verbesserung der Rückzahlungskonditionen in der Tiroler Wohnbauförderung beschlossen. Der Zinssatz für Altverträge wird auf aktuell ein Prozent reduziert, für neu abzuschließende Förderverträge gibt es eine gänzliche Zinsbefreiung für die ersten fünf Jahre. Von diesen positiven Änderungen der Wohnbauförderungskonditionen profitieren BürgerInnen ebenso wie Gemeinden. Letztere ersparen sich bis 2054 bei der Rückzahlung von Wohnbauförderungskrediten für Alten- und Pflegeheime 3 Millionen Euro. Das ist ein großer Teil der für diese Zinsreduktion insgesamt errechneten Ersparnis von 785 Millionen Euro!*

*Ich wünsche euch allen für die bevorstehende Herbstarbeit alles Gute und viel Erfolg!*

*Ihr  
Landesrat Johannes Tratter*

# 40.

## Einhaltung der Fiskalregeln nach dem Österreichischen Stabilitätspakt 2012 - ÖStP 2012 in Bezug auf die Rückführung des öffentlichen Schuldenstandes - Schuldenquotenanpassung

Art. 2 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 - ÖStP 2012, BGBl. I Nr. 30/2013, sieht ein System mehrfacher Fiskalregeln vor, das bei der jeweiligen Haushaltsführung zu beachten ist. Dabei sind Fiskalregeln für den zulässigen Haushaltssaldo (Maastricht-Saldo), den strukturellen Saldo (Schuldenbremse), das Ausgabenwachstum (Ausgabenbremse), die Rückführung des öffentlichen Schuldenstandes (Schuldenquotenanpassung) und über Haftungsobergrenzen normiert. Eine Konkretisierung einzelner dieser Bestimmungen soll durch derzeit in Ausarbeitung befindliche Richtlinien der Gebietskörperschaften zur Berechnung der Fiskalregeln erfolgen. Der ÖStP 2012 sieht bei Überschreitung der festgesetzten zu erreichenden Ziele ein Sanktionsverfahren vor, das in Art. 21 Abs. 1 bei Verletzung des jeweiligen Anteils am Maastricht-Saldo, am strukturellen Saldo, der Schuldenquotenanpassung oder der Ausgabenbremse mit einem Sanktionsbeitrag in Höhe von 15 Prozent der Überschreitung normiert ist.

Aus derzeitiger Sicht ist für den Gemeindesektor in Tirol vor allem die in Art. 10 ÖStP 2012 vorgesehene **Rückführung des öffentlichen Schuldenstandes (Schuldenquotenanpassung)** schwierig zu erreichen.

In Bezug auf die Schuldenquotenanpassung gemäß Art. 10 ÖStP 2012 ist vorgesehen, dass gesamtstaatlich der Schuldenstand über 60% des nominellen BIP über die jeweils letzten drei Jahre durchschnittlich um ein Zwanzigstel zu verringern ist. Der Anteil des Bundes, der Länder und der Gemeinden (landesweise) an dieser Verringerung ergibt sich aus dem Verhältnis ihrer Schuldenstände nach ESVG zueinander am 31. Dezember 2011. **Durch diese Reduktionsverpflichtung der Schuldenquoten kann die allgemeine Aussage getroffen werden, dass eine Erhöhung des maastrichtrelevanten Schuldenstandes ab dem für die Bemessung relevanten Stichtag 31. Dezember 2013 zu einer Verletzung der Verpflichtungen des Stabilitätspakts führt.** Neuaufnahmen sind somit nur in der Höhe möglich, als Tilgungszahlungen bereits erfolgt sind. Der Stabilitätspakt 2012 stellt bei der Einhaltung der Fiskalregeln auf eine länderweise Betrachtung des gesamten Gemeindesektors ab, sodass die Schuldenquotenanpassung gesamthaft zu betrachten ist.

Zu den Maastricht-Schulden zählen **nur jene Finanzschulden, die dem Sektor Staat, also nicht den in den Abschnitten 85 bis 89 verrechneten Betrieben und Unternehmen (privater Sektor) zuzuordnen sind.** Es handelt sich somit um jenen Schuldenstand, der in Bezug auf die Gemeinden im Sinne des ESVG unter dem Teilsektor 1313 (Gemeinden ohne Sozialversicherung) zu erfassen ist.

Eigens und gesondert zu berechnen aber ebenfalls zu den Maastrichtschulden des Tiroler Gemeindesektors zählen maastrichtrelevante Gemeindeverbände (v. a. Schulverbände) und ausgelagerte dem Sektor Staat zurechenbare Einheiten (v. a. Gemeindeimmobiliengesellschaften).

Aus Sicht der Gemeinde sind somit alle Finanzschulden (z. B. Darlehen bei Kreditinstituten), außer jene die den Abschnitten 85 bis 89 zugeordnet sind, unabhängig von deren Gläubigereinstufung (z. B. auch Wohnbauförderungsdarlehen), maastrichtrelevant und fließen somit in den öffentlichen Schuldenstand gemäß ESVG ein. Eine rechtsverbindliche Feststellung des öffentlichen Schuldenstandes, die dann Ausgangslage zur Berechnung der Fiskalregeln ist, erfolgt durch Statistik Austria.

Vor dem Hintergrund, dass eine Zunahme der maastrichtrelevanten Schulden zu einer Verletzung der Verpflichtungen über die Schuldenquotenanpassung des Österreichischen Stabilitätspakts führt, muss auch eine **Betrachtung in Bezug auf den maastrichtrelevanten Schuldenstand jeder einzelnen Gemeinde und deren Entwicklung** stattfinden. Um die Entwicklung der Maastrichtverschuldung prognostizieren zu können, sind dem Voranschlag sowie dem Mittelfristigen Finanzplan als Planungsinstrumente besondere Bedeutung beizumessen.

Nachfolgend wird beispielhaft angeführt, welche Auswirkungen eine Darlehensneuaufnahme auf den Maastrichtschuldenstand hat:

Beispiel 1:

Es wird das bestehende Feuerwehrhaus erweitert, die Investitionskosten betragen dabei 1,6 Mio. Euro. Davon wird 1,0 Mio. Euro durch ein Darlehen fremdfinanziert. Das Darlehen wird dem Ansatz 163 zugeordnet. Der Maastrichtschuldenstand der Gemeinde erhöht sich dadurch um 1,0 Mio. Euro.

**Beispiel 2:**

Es wird ein neues Gebäude für die Volksschule errichtet, die Investitionskosten betragen dabei 2,8 Mio. Euro. Das Gebäude wird zur Gänze fremdfinanziert. Das Darlehen wird dem Ansatz 211 zugeordnet. Im selben Rechnungsjahr werden Tilgungen für dieses Darlehen von 0,2 Mio. Euro geleistet. Der Maastrichtschuldenstand erhöht sich dadurch insgesamt um 2,6 Mio. Euro.

**Beispiel 3:**

Es wird eine neue Wasserleitung errichtet. Die Investitionskosten betragen 1,2 Mio. Euro. Davon werden 1,0 Mio. Euro fremdfinanziert. Das Darlehen wird dem Ansatz 850 zugeordnet. Der Maastrichtschuldenstand der Gemeinde erhöht sich dadurch nicht.

Der erstmalig für die Berechnung der Sanktionsbeiträge relevante Vergleich der öffentlichen Schuldenstände der Gebietskörperschaften erfolgt im Jahr 2017, wobei dabei die Schuldenstände vom 31. Dezember 2013 mit jenen zum 31. Dezember 2016 verglichen werden. Das Rechnungsjahr 2014 ist daher bereits das erste, das für die Schuldenquotenanpassung relevant ist.

Betrachtet man die Entwicklung seit dem für die Berechnung relevanten Stichtag 31. Dezember 2013, so zeigt sich ein deutlicher Anstieg der Maastrichtverschuldung bezogen auf das Gesamtergebnis der Gemeinden in Tirol (siehe auch Gemeindefinanzbericht 2014). Somit scheint eine Planung und Gegensteuerung zum jetzigen Zeitpunkt als angebracht.

**Sanktionsmechanismus nach ÖStP 2012:**

Der Sanktionsbeitrag gemäß Art. 21 Abs. 1 ÖStP 2012 bei Verletzung des jeweiligen Anteils am Maastricht-Saldo, am strukturellen Defizit, der Schuldenquotenanpassung oder der Ausgabenbremse beträgt 15 Prozent der Überschreitung. Die Betrachtung findet landesweise für den jeweiligen Sektor, also anhand des Gesamtergebnisses des öffentlichen Schuldenstandes im Tiroler Gemeindegesektor, statt.

Der Sanktionsmechanismus in Art. 19 ÖStP 2012 sieht vor, dass dann, wenn durch den Rechnungshof das Vorliegen eines sanktionsrelevanten Sachverhaltes festgestellt wird, ein Schlichtungsgremium zu befassen und unverzüglich einzuberufen ist. Das Schlichtungsgremium hat jene Vertragsparteien, die einen sanktionsrelevanten Sachverhalt gesetzt haben, aufzufordern, Maßnahmen bekannt zu geben, durch die der sanktionsrelevante Sachverhalt wieder beseitigt wird. Werden keine Maßnahmen vorgelegt oder wird der vorgelegte Maßnahmenplan nicht erfüllt, kann vom Schlichtungsgremium einvernehmlich ein Sanktionsbeitrag verhängt werden.

Inwiefern ein Sanktionsbeitrag bei der Verfehlung von Zielen der Fiskalregeln tatsächlich verhängt wird, kann aus derzeitiger Sicht nicht beurteilt werden. Aufgrund des im ÖStP 2012 vorgesehenen Verfahrens muss jedoch jede einzelne Gemeinde bei der Aufnahme von maastrichtrelevanten Finanzschulden und bei zukünftigen Budgetplanungen verstärkt auf die oben ausgeführte Problematik Rücksicht nehmen.

# 41.

## Gemeinden und Barrierefreiheit

Grundsätzlich besteht gemäß dem Tiroler Antidiskriminierungsgesetz für alle Tiroler Gemeinden die Verpflichtung, Menschen mit einer Behinderung ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe u. a. Zugang zu Amtsgebäuden und sonstigen öffentlichen Einrichtungen zu gewähren. Dazu zählt auch die behindertengerechte, barrierefreie Gestaltung, Einrichtung, Ausstattung oder Adaptierung von Amtsgebäuden.

Zeitlich gesehen besteht diese Verpflichtung bereits seit Inkrafttreten des Tiroler Antidiskriminierungsgesetzes im Jahre 2005. Das bedeutet, dass die Verpflichtung zur Barrierefreiheit bereits seit diesem Zeitpunkt besteht. Da eine

Umsetzung nur stufenweise erfolgen kann, soll die Barrierefreiheit der Amtsgebäude inklusive jener der Gemeinden in Tirol, angelehnt an die bundesgesetzlichen Vorschriften, bis spätestens 2015 erfolgen.

Seit 2008 ist zudem auch die UN-Behindertenrechtskonvention in Österreich Kraft. Diese gilt auch für die Gemeinden. Den Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Tirol wurde 2013 die Überwachung dieses Übereinkommens übertragen.

Es gibt Gemeinden, die im Bereich Barrierefreiheit und Inklusion von Menschen mit Behinderungen schon sehr viel unternommen haben. Andere befinden sich erst am

Beginn des Weges und brauchen noch mehr Unterstützung, sei es bei der Erhebung, der Planung oder der Finanzierung.

Im Auftrag der Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Tirol wurde im Frühjahr 2015 von StudentInnen des MCI-Lehrgangs „Non-Profit, Sozial- und Gesundheitsmanagement“ eine Online-Befragung aller Tiroler Gemeinden zum Stand der Barrierefreiheit und zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durchgeführt. Diese ist unter <https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/gleichbehandlung-antidiskriminierung/antidiskriminierung/aktuelles> abrufbar.

Es kamen Antworten aus 138 Tiroler Gemeinden. Davon gaben 92% an, schon Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt zu haben. Diese verteilen sich auf die verschiedenen Einrichtungen, wobei am häufigsten Maßnahmen in Krankenhäusern und Schulen bzw. Kindergärten gesetzt wurden, jedoch nur teilweise in den Gemeindeämtern.

Vor allem wurden Maßnahmen für Personen im Rollstuhl und mit Gehbehinderungen gesetzt, wenige für blinde, hörbehinderte oder gehörlose Personen und kaum Maßnahmen für Personen mit Lernschwierigkeiten (z. B. einfach verständliche Texte als Leichter Lesen Version).

Zusammenfassend wurde festgestellt, dass in allen Bereichen beim Thema Barrierefreiheit noch Aufholbedarf herrscht. Dieser Aufholbedarf zieht sich über das Wissen über das die Befragten verfügen, über den Stand der Umsetzung bis hin zur Unterstützung die die Gemeinden erhalten.

Erkennbar ist, dass in den Gemeinden ein großes Interesse zu diesem Thema herrscht und man auch gewillt ist, dafür zu sorgen, dass Menschen mit Behinderungen gut inkludiert werden.

Aufgrund der Ergebnisse der Befragung lassen sich zwei wesentliche Probleme herausfiltern, die es zu bear-

beiten gibt. Es besteht zum einen teilweise ein Informationsmangel in den Gemeinden zum Thema Barrierefreiheit und zum anderen sollte die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden gefördert werden, um barrierefreie Projekte leichter realisieren und finanzieren zu können (z. B. einen gemeinsamen Transport zu den Bildungseinrichtungen organisieren).

Informationen und Unterstützung zur Erhöhung der Barrierefreiheit in den Gemeinden bietet der ÖZIV Tirol mit einer sehr kostengünstigen Erhebungsmöglichkeit für Gemeinden. Dabei werden v. a. rasche, mögliche und sinnvolle Schritte herausgearbeitet. Informationen sind unter <http://www.oeziv-tirol.at> erhältlich.

Die Abteilung Hochbau des Landes Tirol hat alle Informationen zur technischen Umsetzung von Barrierefreiheit in den Tiroler Gemeinden unter <https://www.tirol.gv.at/bauen-wohnen/hochbau/barrierefreiesbauen> aufbereitet. Darin finden sich auch eine Reihe von Checklisten. Die Barrierefreiheit aller Pflichtschulgebäude in Tirol wurde bereits erhoben und kann bei der Abteilung Hochbau von den Gemeinden angefordert werden.

Im Rahmen der Gemeindeakademie wird voraussichtlich am 3. November 2015 ein Seminar zum Thema Barrierefreiheit stattfinden. Details und Infos sind unter <https://www.tirol.gv.at/bildung/bildungsinstitut-grillhof> erhältlich.

Für weitere Fragen steht die Servicestelle Gleichbehandlung und Antidiskriminierung des Landes Tirol ([www.tirol.gv.at/gleichbehandlung](http://www.tirol.gv.at/gleichbehandlung) bzw. Tel. 0512/508-3799) gerne zur Verfügung.

Mag.<sup>a</sup> Isolde Kafka  
Leiterin der Servicestelle  
Gleichbehandlung und Antidiskriminierung

## 42.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden September 2015

Ertragsanteile an	September		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	-977.650	-451.257	526.393	53,84
Lohnsteuer	21.652.733	22.953.540	1.300.807	6,01
Kapitalertragsteuer	1.352.181	1.624.272	272.091	20,12
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	695.003	572.620	-122.382	-17,61
Körperschaftsteuer	-846.181	-318.312	527.869	62,38
Abgeltungssteuern Schweiz	-249.073	-32	249.041	99,99
Abgeltungssteuern Liechtenstein	1.937.204	19.613	-1.917.591	-98,99
Erbschafts- und Schenkungssteuer	3.415	1.150	-2.265	-66,34
Stiftungseingangssteuer	165.066	27.041	-138.025	-83,62
Bodenwertabgabe	3.521	1.652	-1.869	-53,09
Stabilitätsabgabe	455.612	446.729	-8.883	-1,95
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>24.191.830</b>	<b>24.877.015</b>	<b>685.185</b>	<b>2,83</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	18.960.423	18.275.793	-684.630	-3,61
Abgabe von alkoholischen Getränken	15	27	12	77,58
Tabaksteuer	1.656.444	1.550.277	-106.168	-6,41
Biersteuer	288.975	258.967	-30.009	-10,38
Mineralölsteuer	4.700.333	4.683.811	-16.522	-0,35
Alkoholsteuer	47.328	114.212	66.884	141,32
Schaumweinsteuer	4.995	12.113	7.119	142,53
Kapitalverkehrssteuern	81.613	29.637	-51.976	-63,69
Werbeabgabe	344.496	344.357	-139	-0,04
Energieabgabe	538.431	322.669	-215.762	-40,07
Normverbrauchsabgabe	388.062	357.420	-30.642	-7,90
Flugabgabe	86.089	88.329	2.240	2,60
Grunderwerbsteuer	7.237.450	8.758.178	1.520.728	21,01
Versicherungssteuer	781.207	795.329	14.123	1,81
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.860.960	1.748.794	-112.167	-6,03
KFZ-Steuer	-2.448	15	2.463	100,63
Konzessionsabgabe	149.776	183.698	33.922	22,65
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>37.124.151</b>	<b>37.523.625</b>	<b>399.474</b>	<b>1,08</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>36.245.068</b>	<b>36.644.542</b>	<b>399.474</b>	<b>1,10</b>
Kunstförderungsbeitrag	42.031	42.407	376	0,89
<b>Summe Ertragsanteile der Gemeinden</b>	<b>60.478.929</b>	<b>61.563.964</b>	<b>1.085.035</b>	<b>1,79</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.047.063	4.856.902	-190.162	-3,77
Werbesteuerausgleich	55.238	55.127	-111	-0,20
Werbeabgabe nach der Volkszahl	289.258	289.230	-28	-0,01
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

## 43.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis September 2015

Ertragsanteile an	Jänner - September		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	18.562.350	19.937.118	1.374.768	7,41
Lohnsteuer	182.913.700	191.614.798	8.701.098	4,76
Kapitalertragsteuer	11.932.350	14.690.885	2.758.535	23,12
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.257.431	6.505.189	1.247.758	23,73
Körperschaftsteuer	35.342.869	37.308.776	1.965.907	5,56
Abgeltungssteuern Schweiz	445.351	-307	-445.658	-100,07
Abgeltungssteuern Liechtenstein	1.937.204	131.286	-1.805.919	-93,22
Erbschafts- und Schenkungssteuer	99.119	91.857	-7.262	-7,33
Stiftungseingangssteuer	229.086	648.790	419.704	183,21
Bodenwertabgabe	453.923	476.021	22.099	4,87
Stabilitätsabgabe	3.149.969	2.742.687	-407.281	-12,93
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>260.323.352</b>	<b>274.147.101</b>	<b>13.823.749</b>	<b>5,31</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	180.079.704	182.367.032	2.287.328	1,27
Abgabe von alkoholischen Getränken	207	334	127	61,50
Tabaksteuer	12.161.080	12.447.367	286.287	2,35
Biersteuer	1.373.819	1.330.744	-43.075	-3,14
Mineralölsteuer	29.257.525	29.348.887	91.362	0,31
Alkoholsteuer	1.464.855	786.595	-678.261	-46,30
Schaumweinsteuer	16.372	123.939	107.567	657,01
Kapitalverkehrssteuern	724.515	394.324	-330.191	-45,57
Werbeabgabe	3.026.511	3.023.136	-3.376	-0,11
Energieabgabe	6.752.820	6.415.613	-337.208	-4,99
Normverbrauchsabgabe	3.297.641	2.875.565	-422.076	-12,80
Flugabgabe	686.549	721.362	34.813	5,07
Grunderwerbsteuer	64.750.924	76.495.723	11.744.798	18,14
Versicherungssteuer	8.005.057	8.322.704	317.647	3,97
Motorbezogene Versicherungssteuer	13.299.198	14.228.132	928.935	6,98
KFZ-Steuer	276.630	246.825	-29.805	-10,77
Konzessionsabgabe	1.618.854	1.801.197	182.343	11,26
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>326.792.263</b>	<b>340.929.479</b>	<b>14.137.217</b>	<b>4,33</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	7.911.750	7.911.750	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>318.880.513</b>	<b>333.017.729</b>	<b>14.137.217</b>	<b>4,43</b>
Kunsthilfsbeiträge	126.739	127.789	1.050	0,83
<b>Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>579.095.995</b>	<b>607.058.842</b>	<b>27.962.847</b>	<b>4,83</b>
Zwischenabrechnung	1.148.232	-1.970.055	-3.118.287	-271,57
<b>Ertragsanteile gesamt</b>	<b>580.244.227</b>	<b>605.088.787</b>	<b>24.844.560</b>	<b>4,28</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	48.299.652	49.012.841	713.188	1,48
Getränkesteuerausgleich ZWA	118.400	546.530	428.130	361,60
Summe Getränkesteuerausgleich	48.418.052	49.559.371	1.141.318	2,36
Werbesteuerausgleich	485.285	483.961	-1.324	-0,27
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.541.226	2.539.174	-2.052	-0,08
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	2.257.515	2.257.515	0	0,00

## VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JULI 2015

(vorläufiges Ergebnis)

	Juni 2015 (endgültig)	Juli 2015 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	111,2	110,8
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	121,8	121,3
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	134,7	134,2
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	141,7	141,2
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	185,3	184,6
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	288,0	287,0
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	505,4	503,6
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	644,0	641,6
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	646,1	643,7

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Juli 2015 beträgt 110,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Juni 2015 um 0,4% rückläufig (Juni 2015 gegenüber Mai 2015: + 0,1%). Gegenüber Juli 2014 ergibt sich eine Steigerung um 1,2% (Juni 2015/2014: +1,0%).

### MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck